

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/55. Jahrgang

November 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

Friedensnobelpreis – nur manchmal bekommen ihn die Richtigen

Nach dem Willen des Nobelpreisstifters Alfred Nobel sollte diese Auszeichnung an den vergeben werden, der im Vorjahr das meiste zur Erhaltung oder Erreichung des Friedens getan hat. Oft gab es offensichtlich unwürdige Preisträger:

- Henry Kissinger, ein berühmter Anstifter von Putschen und Militäreinsätzen,
- Barak Obama, in dessen achtjähriger Amtszeit es keinen Tag gab, an dem die USA keinen Krieg geführt haben,
- die Europäische Union, die in ihrem Grundvertrag ständige Aufrüstung verlangt, sich mehr und mehr zu einem Militärbündnis entwickelt und aggressiven Nationalismus in ihren Mitgliedsländern belohnt, wenn dieser gegen Russland oder China gerichtet ist.

Dieses Jahr wurde erfreulicherweise eine echte Friedensorganisation ausgezeichnet. In der japanischen



... auf dem Weg zum Friedensnobelpreis?

Organisation *Nihon Hidankyo* haben sich die Überlebenden der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki zusammengeslossen, um für eine Welt ohne Atomwaffen zu kämpfen. Es ist das dritte Mal, dass Kämpfer für dieses

Ziel mit dem Preis bedacht wurden. Die Vorgänger waren die Ärzte für die Verhinderung eines Atomkriegs (IPPNW) und die Internationale Kampagne zum Verbot von Atomwaffen (ICAN).

Fortsetzung auf S. 2

Kurz und Gießen:

Lahnwelle,
Bürgerbegehren S. 3

Krankenhausreform,
Migrationspolitik S. 4

Rentenpaket, Wikipedia S. 5

Lieferschwierigkeiten bei
Medikamenten S. 6

Krieg im Nahen Osten S. 6
+ 7

Karstadt – keine Tarifverträge mehr?

Nach mehreren Insolvenzen, Besitzerwechseln und sinnlosen Namensänderungen (offiziell heißen jetzt alle Kaufhäuser „Galeria“) gibt es für die leidgeprüften Beschäftigten weiterhin keine Sicherheit. Die jetzigen Eigentümer, ein Investor aus den USA und eine deutsche Beteiligungsgesellschaft, wollen wie gewohnt Profite auf Kosten des Personals machen. Nachdem die Belegschaften schon seit Jahren

immer wieder auf Lohnbestandteile verzichtet haben, wollen die Eigentümer jetzt ganz aus Flächentarifverträgen aussteigen und stattdessen individuelle Verträge abschließen. Die Gewerkschaft ver.di soll als Verhandlungsführer ausgeschaltet werden. Jede/r einzelne Beschäftigte wird unter Druck gesetzt und soll bis zum 8. November

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus! DKP

**Fortsetzung von Seite 1:
Friedensnobelpreis – nur
manchmal bekommen ihn
die Richtigen**

Das Bewusstsein für die Gefährlichkeit von Atomwaffen scheint indes langsam verloren zu gehen. Die USA geben jedes Jahr viele Milliarden Euro für die Weiterentwicklung ihrer atomaren Rüstung aus. Das Pentagon beschäftigt *Think-Tanks*, die ausarbeiten, wie ein Atomkrieg ohne größeren Schaden für die USA gewonnen werden kann. Was aus anderen Kontinenten wird, spielt dabei keine Rolle. Auch Russland, China und andere Länder entwickeln Atomwaffen weiter. Die Vergabe des Nobelpreises an die japanischen Überlebenden kann die weltweite Friedensbewegung ermuntern, im Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen nicht nachzulassen. G.L.

Übringens: Der Vietnameser Lê Đức Thọ lehnte 1973 die Annahme des Friedensnobelpreises mit der Begründung ab, dass in seinem Land noch immer kein Frieden herrsche. Den zweiten Nobelpreis für 1973 bekam nämlich Kissinger (USA), der zwar seine Soldaten zurückschickte, aber die südvietnamesische Armee weiterhin mit Waffenlieferungen unterstützte.

**Fortsetzung von Seite 1:
Karstadt – keine Tarifverträge mehr?**

den Vorschlägen der Geschäftsleitung zustimmen. Alle Rechte aus bisherigen Tarifverträgen gingen dadurch verloren. Das Karstadt-Personal hat über Jahre trotz aller Probleme den Betrieb in den Häusern aufrechterhalten. Den Eigentümern ging es dagegen vor allem



um Profite mit den Immobilien. Die Vorgänge im Karstadt-Konzern sind ein Beispiel dafür, wie im Kapitalismus die Schicksale der arbeitenden Menschen zum Spielball der Kapitaleigner werden. Die Beschäftigten werden weiter mit ihrer Gewerkschaft für ihre Rechte kämpfen. Quelle: junge Welt vom 19./20.10.2024

Gernot Linhart

**Karin Leukefeld: Gazakrieg –
Völkermord und Stellvertreterkrieg**

Am 16.10.2024 verfolgten fast 50 Leute den Vortrag der Journalistin Karin Leukefeld. Das Thema: „Gazakrieg – Völ-

kermord und Stellvertreterkrieg“. Im Vortrag und in der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die historischen Ursachen des Kon-

fliktes in der imperialistischen Politik der beiden Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien zu suchen sind. Der Krieg Israels ist nicht in erster Linie Reaktion auf den Angriff der Hamas, sondern Teil der geostrategischen Interessen des Westens.



Ausstellung "Zungenspur"

Der Künstler Ünal Tümer zeigte beeindruckende Exponate mit der Folienschnitttechnik. Die Ausstellung „Zungenspur“ zeigte 5 Wo-

chen viele unterschiedliche Motive in den Räumen des *Zentrums für Interkulturelle Bildung und Begegnung* (ZiBB) in der Hannah-Arendt-Straße in Gießen. Bei der Finissage wurden neben vielen Leckereien, einem großen Angebot an diversen Getränken die Veranstaltung durch die Musikerin, Dichterin und Aktivistin Sahar Ajdamsami untermalt. Ünal sagt selbst: „Nach 26 Jahren in Gießen hätte ich meine Einzelausstellung gerne mit Bildern zum Thema Natur, Tiere und Liebe eröffnet. Doch in der heutigen Zeit brauchen wir mehr Solidarität, Toleranz, Respekt und einen friedlichen, brüderlichen Lebensweg. Daher steht diese Ausstellung unter dem Hauptthema: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und ein Leben in Frieden für alle.“

Der Künstler steht für Interessierte gerne zur Verfügung.

Martina Lennartz



Ünal Tümer mit seinen Lieblingsbildern

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Gießener Spruch: Der Becher geht so lange zur Lahnwelle bis er/sie bricht

Fast könnte er den Gießenern leidtun, ihr Herr Oberbürgermeister Becher (SPD). Getrieben von Yuppies aus FDP- und CDU-nahen Jugendlichen, denen der Gießener Stadthaushalt am A... vorbei geht, die nur ihr „Event“ im Auge haben, soll er, von Ex-CDU-Bürgermeister Neidel aufs Auge gedrückt, eine „Lahnwelle“ organisieren.

Dass der Gießener Haushalt so eine Bespaßung nicht zulässt, dürfte allgemein bekannt sein. Wir beklagen Vereine, die seit Jahrzehnten in Gießen zehntausende Mitglieder mit Sport versorgen, die ehrenamtliche Helfer und Vorstände stellen und nicht wissen, wo sie

ihren Sport anbieten sollen. Wir finden kaputte Hallen, die nicht rechtzeitig renoviert wurden, und die wegen eines Dachschadens einem Schwimmbad gleichen, marode Sportplätze und fehlende Infrastruktur, durch die Vereine gegeneinander aufgehetzt werden, um für den geringsten Übungsplatz zu kämpfen. Wir finden Schulen, die im Winter ihren Sport draußen ausüben müssen. Da müsste schleunigst Geld hineingesteckt werden.

Das weiß auch Herr Becher als richtungsweisender Oberbürgermeister. Aber als SPD-Politiker hat er mögliche Wähler im Blick. Und da glaubt er, dass seiner Partei die

Yuppie-Generation zuläuft. Mit Arbeiterpolitik oder Politik für die Interessen des "normalen Mannes und der normalen Frau" hat das nichts zu tun. Die wollen, dass ihr Vereinssport weiterlebt und gefördert wird. Der kann aber nur überleben, wenn die Euros aus dem Gießener Rathaus dafür bereitgestellt werden – nicht für irgendein sonder-sportliches Vergnügen.

Bereits 10.000 Euro wurden im Haushalt 2022 für Gutachten bereitgestellt. 2,5 Millionen kostet in der Regel so ein Projekt.

Herr Becher und SPD, das muss ein Ende haben! Haben Sie den Mut dazu!

Bürgerinitiative – die wirklichen Grünen

Ist der Magistrat einer Stadt bewusst untätig oder unfähig zu handeln sind seine Einwohner gezwungen tätig zu werden. Sonst könnte man ihnen Beihilfe zum fahrlässigen Verhalten vorwerfen.

In Gießen wurde vor 2021 der Uferweg am Schwanenteich von der optisch belanglosen Brücke bis zum THM-Plateau für den Publikumsbetrieb gesperrt. Der Magistrat mit der grünen Kahlschlag-Spezialistin und dem Gartenamtschef bockten, denn die Gießener versperren ihnen mit einer Bürgerbefragung den Weg zur Fällung aller Bäume. 5.000 Unterschriften da-

gegen waren kein Pappentier.

Um ihre weiteren Pläne zur Wieseck-Umgestaltung durchzuführen, ließ die Stadtregierung den Weg sogar mit brachialer Gewalt durchbrechen. Die dadurch notwendige Reparatur wurde notdürftig mit Sandsäcken durchgeführt. Ergebnis: Der Weg bleibt gesperrt, der Teilweg verlottert und wird nicht gepflegt – dadurch unnutzbar, weil das Gartenamt ihn nicht pflegt, der Durchbruch ergibt keinen Sinn. Das ist die Magistratspolitik der letzten Jahre.

Dagegen regt sich qualifizierter Widerstand – zum dritten Mal. Die

Naturschützer der Bürgerinitiative „Rettet die Bäume am Schwanenteich“ werden mit ihren Erfahrungen der letzten 15 Jahre wieder aktiv. Eine schonende Reparatur des Weges ohne Baumfällungen ist möglich.

Alle Gespräche, die in den letzten Jahren mit Magistratsmitgliedern geführt wurden, hatten keinen Erfolg, alle Vorschläge der Bürgerinitiative wurden missachtet.

Die Schonfrist für die Bäume am Schwanenteich läuft im Dezember 2025 ab. Jetzt ist die Geduld am Ende.

Buchvorstellung: Mesut Bayraktar, „Die Lage“



1845 erschien Friedrich Engels Frühschrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England – Nach eigener Anschauung und

authentischen Quellen“, als er gerade mal 25 Jahre alt war. Wie der Titel verrät, beschäftigte sich Engels darin mit der Proletarisierung Eng-

lands seiner Zeit. Im Vorwort schrieb er: „Die Lage der arbeitenden Klasse ist der tatsächliche Boden und Ausgangspunkt aller sozialen Bewegungen der Gegenwart, weil sie die höchste, unverhüllteste Spitze unserer bestehenden Misere ist.“ Mesut Bayraktar knüpft mit seinem 2024 veröffentlichten Erzählband „Die Lage“ an Engels an.

„Die Lage“ ist ein Wimmelbild der proletarischen Verhältnisse der Gegenwart. Bei seinem Besuch in

Gießen, eingeladen von der ARAG, diskutierte er mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung über einige seiner mitgebrachten Leseproben, stellte sein Buch vor und thematisierte die Potenziale aber auch die Versäumnisse der sogenannten neuen Klassenliteratur. Und sind wir mal ehrlich, wer seine Lage erkannt hat, wie soll der...

Antifaschistische Revolutionäre
Aktion Gießen (ARAG)

Krankenhausreform – Profitmedizin bleibt

Gesundheitsminister Lauterbach hat im Bundestag seinen mehr als 20 Jahre alten Plan zur drastischen Verringerung der Zahl der Krankenhäuser durchgesetzt. Stolz verkündete er, in den nächsten Jahren würden hunderte von Kliniken geschlossen, die Zahl der Krankenhausbetten deutlich verringert. Das sei notwendig, da ein Drittel der Betten meist leer bleibt. Dagegen kennt fast jeder Fälle, in denen Krankenhäuser lange suchen mussten, bis sie ein Krankenhaus fanden, das ihre Patienten aufnehmen konnte. Während der Corona-Pandemie reichten die Plätze in Kliniken nicht aus, auch deswegen wurde die Freiheit der Bürger eingeschränkt. Ständige hundertprozentige Auslastung von Klinikbetten – das ist der Traum von profitorientierten Betreibern, im Fall von vermehrten Krankheitsfällen wird es aber zur Katastrophe.

Am Grundübel des Krankenhaus-systems, der Bezahlung nach Fallpauschalen, ändert sich durch die Reform nur scheinbar etwas. 60%

der Kosten sollen durch eine „Vorhaltepauschale“ beglichen werden. Diese richtet sich aber nach Zahl und Art der Fälle im Vorjahr. Die Konkurrenz der Kliniken um möglichst viele Patienten mit Gewinn versprechender Fallpauschale geht also weiter. Unter anderem führte Lauterbach aus, jährlich könnten 30.000 Krebspatienten geheilt werden, wenn sie in onkologischen Zentren behandelt würden. Viele Kliniken werden aber weiterhin bemüht sein, „ihre“ Tumorpatienten zu behalten – für sie gibt es profitable

Pauschalen. Die mangelnde Auslastung des Zentrums für Partikeltherapie in Marburg ist ein Beispiel dafür, dass nicht alle Patienten die für sie beste Therapie erhalten.

Für eine deutlich bessere Krankenversorgung muss das Profitsystem abgeschafft werden. Profitdenken hat in Kliniken nichts zu suchen! Im Zentrum der Therapie müssen immer die Patienten stehen und nicht wirtschaftliche Zwänge!

G.L.

Kurz erklärt: Klassengesellschaft im Gesundheitswesen

Sie sind gesetzlich krankenversichert:

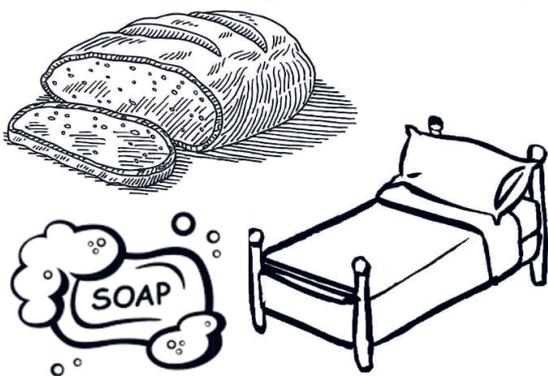
Bitte melden Sie sich ca. 45 min vor Ihrem Termin in unserer zentralen Patientenaufnahme (Ebene 0) mit Ihrem Krankenkassenkärtchen und Ihrer Überweisung an. Danach melden Sie sich bitte im 1. Stock am Glasfenster in der kardiologischen Ambulanz.

Sie sind privat krankenversichert:

Bitte melden Sie sich zur Anmeldung direkt in unserer Servicezentrale im 1. OG, Zimmer 1.102 an.

aus: Terminbestätigung der Uniklinik

"Bett, Seife, Brot": Migrationspolitik als Ablenkung



Nach Wahlerfolgen von AfD und BSW in Sachsen, Thüringen und Brandenburg überbieten sich die etablierten Parteien in ihrer Hetze gegen Flüchtlinge. Führende Politiker aller Farben behaupten, die AfD habe Erfolg gehabt, weil man selbst nicht hart genug in der Flüchtlingspolitik gewesen sei. Die in Ostdeutschland politisch bedeutungslose FDP prescht voran und präsentiert ein Positionspapier zur Migration. Das Papier kann man zusammenfassen in dem Slogan: „Einwanderung in

den Arbeitsmarkt, nicht in die sozialen Sicherungssysteme“. Schon vor diesen Wahlen haben die etablierten Parteien beim Thema Flüchtlinge die AfD rechts überholt. Nach den Wahlerfolgen der AfD und des BSW beschleunigen sie diesen Kurs. Die ganze Debatte ist allerdings verwunderlich. Die Probleme in Deutschland sind doch ganz andere: Deindustrialisierung, ein desolates Renten- und Gesundheitssystem, die aktuellen Kriege, die Verarmung von Millionen Menschen usw. Die „Altparteien“ überholen die AfD nicht rechts, weil sie ratlos sind, sondern weil sie von den wirklich wichtigen Problemen ablenken wollen. Vor allem von dem Umstand, dass es genügend Möglichkeiten zu deren Lösung gäbe. Ein Beispiel ist die „Überforderung“ der Kommunen. Kommunen sind „über-

fordert“, weil der Bund und Länder ihnen Gelder streichen und nie genügend Geld bereitstellten. Den Wohnungsnotstand in Deutschland und die Privatisierung des Wohnungsmarktes haben nicht die Flüchtlinge zu verantworten. Der Bund hat aktuell die Ukraine mit 34 Mrd. Euro direkt unterstützt. Hinzu kommen 72 Mrd. Euro, die in diesem Jahr für die Aufrüstung der Bundeswehr ausgegeben werden. Diese Gelder fehlen natürlich bei der Bildung, der Gesundheitsversorgung, den Sozialausgaben, dem Bau bezahlbarer Wohnungen und dem Umweltschutz. Auch die Pläne der Bundesregierung zur Rentenreform haben nicht Flüchtlinge geschrieben. Es geht weiter um das Zurückdrängen des Staates. Die Profite der Konzerne sollen weiter steigen, der imperialistische deutsche Staat will weltweit wieder mitmischen auf Kosten der Bevölkerung, der Flüchtlinge, von uns allen!

Henning Mächerle

Rentenpaket ist eine Mogelpackung

Hubertus Heil wird nicht müde, sich und die SPD als Retter der Rente darzustellen. Dieses Schmierentheater ist an Heuchelei nicht zu überbieten. War es denn etwa nicht die SPD, die zusammen mit den Grünen die asoziale Agenda-Politik und einen fundamentalen Wechsel in der Rentenversicherung durchgesetzt hat? War sie vorher noch an der Sicherung des Lebensstandards orientiert, ging es ab diesem Zeitpunkt um etwas anderes: Schwächung des Staates zugunsten der Finanzmärkte und Einfrieren der Beitragssätze der Arbeitgeber. Finanzkonzerne sollten Geschäfte machen und konkurrenzfähig bleiben.

Noch am Anfang der 2000er-Jahre lag das Rentenniveau bei 53%. Das Rentenpaket soll das Rentenniveau von 2025 bis 2029 auf 48% festschreiben und die Beitragssätze stabil halten. Nicht zu vergessen das Geschenk für die



Finanzwirtschaft: das sogenannte „Generationenkapital“. Bis 2035 soll ein Aktienfonds mit 200 Mrd. Euro gefüttert werden. Die Lage für viele Rentner ist jetzt schon sehr schwierig. Rund 42% von ihnen müssen in Deutschland mit weniger als 1.250 Euro netto auskommen. Etwa jeder vierte Rentenempfänger kommt dabei auf weniger als 1.000 Euro. Ein häufig zu hörendes Argument für die sinkende Rente ist, neben der Konkurrenzfähigkeit der Konzerne, auch die Demografie. Übrigens eine Tatsache, welche seit Jahrzehnten

bekannt ist: Je wohlhabender und je weniger bäuerlich eine Gesellschaft ist, desto weniger Kinder werden geboren. Österreich hat schon 1958 darauf reagiert. Die meisten Selbstständigen wurden Pflichtmitglieder in der staatlichen Rente und Österreich hat sich nie vom Prinzip der Sicherung des Lebensstandards verabschiedet. Es gilt die Formel: 80/45/65. Das bedeutet 80% Bruttorentenniveau bei 45 Versicherungsjahren und Renteneintritt mit 65 Jahren. Es sind also politische Entscheidungen, welche die Altersarmut hervorbringen und kein demografisches „Naturgesetz“.

H.M.

Nur wenn wir uns alle zusammen gegen diese asoziale Politik wehren, ist die weitere Verarmung von Millionen von Menschen zu verhindern. Wir müssen uns wehren, das macht kein anderer für uns!

Wikipedia als Machtinstrument im politischen Meinungskampf

Der Fall Compact ist ein Beispiel für das Treiben von Wikipedia. Das Magazin wurde von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) verboten.

Schon 2018 gab es Formulierungen im Wikipedia-Artikel zu Compact, die nur leicht verändert in der Verbotungsverfügung der Innenministerin auftauchen. So ist dort zu lesen: „Marc Grimm und Bodo Kahmann (2017) bezeichnen das Magazin als 'rechtsextrem' und als 'publizistisches Flaggschiff' des antisemitisch grundierten Israelhasses und des Antiamerikanismus in Deutschland“. Und: „Wissenschaftler und Journalisten bewerten die Zeitschrift als verschwörungsideologisches Querfront-Magazin und ordnen sie dem Rechtspopulismus zu.“ Übernimmt hier Wikipedia die Vorarbeit und begriffliche Vorsortierung, aus der sich dann Regierungsorgane bedienen können?

Rechtsradikal, Rechtspopulismus, geschichtsrevisionistisch, Rechtsextremist, antisemitisch,

Verschwörungstheorie, Verschwörungsideologie“ - diese Begriffe werden durch die immer selben politisch aktiven Autoren eingetragen. Enttarnt wurden 80 Wikipedia-Autoren wie „Kopilot“ und „Phi“. Sie eint ihre Weltanschauung, streng transatlantisch orientiert. Sie manipulieren großflächig politisch relevante Artikel in der Wikipedia. Die Wikimedia-Foundation als Träger des Online-Lexikons hat es in all der Zeit nicht für nötig befunden, an diesem Missstand etwas zu ändern.

Ein weiterer Wikipedia-Editor namens „Feliks“ nutzte den Begriff „Antisemitismus“, zumeist über die Bande „Antizionismus“, um politische Gegner zu diskreditieren. Wenig überraschend ist, dass alle genannten Autoren neben dem Haupteditor „Schilderwaldmeister“ diejenigen sind, die am meisten zum Artikel „Compact“ in der Wikipedia beigetragen haben. Sie reicherten ihn systematisch mit den genannten politisch diskreditierenden Kampfbegriffen an. Zugleich hielten sie

positive Einträge fern oder garnierten sie sprachlich mit negativen Konnotationen.

Flankiert wird dieses politisch gefärbte Editierverhalten davon, dass nur bestimmte Medien wie etwa Sender aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder die Medien Spiegel, stern, FAZ, taz als verlässliche Quelle bei Wikipedia zugelassen sind. Dagegen neue Medien wie nachdenkenseiten.de, oder wikihausen.de nicht. Demnach sind überwiegend regierungskonforme Medien in der Wikipedia gewollt.

Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass Medien mit Monopolstellung alle politischen und gesellschaftlichen Strömungen gleichermaßen abbilden müssen und Meinungspluralität gewährleisten müssen. Wikipedia ist ein Monopolmedium, das den Anschein erweckt, ein neutrales Lexikon zu sein. Es hat andere Enzyklopädien vom Markt verdrängt.

Über 500 verschiedene Medikamente sind derzeit von Lieferschwierigkeiten betroffen

„Die Lieferengpässe [reichen] von Antibiotika über Diabetesmittel bis hin zu Schmerztabletten. [Es] kann also jemanden betreffen, der ganz akut ein Antibiotikum braucht, aber auch einen Chroniker, der schon seit Jahren dasselbe Präparat nimmt, aber es nun nicht mehr so einfach bekommt“, so der Vorsitzende des Deutschen Apothekerverbands, Hans-Peter Hubmann auf [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de). Im letzten Winter gab es über Monate nirgends mehr die einfachsten Penicillintabletten. Kürzlich konnte man die Nachricht lesen, der Gesundheitsminister wisse nicht mehr, woher wir die für jeden zweiten Behandlungsschritt in jedem Krankenhaus nötige Kochsalzlösung kriegen sollten.

Die unsichtbare Hand des Marktes schickt zwar manchmal Eingreiftruppen für Bombardements und Massenfolter in andere Länder, um Stockungen und Hindernisse bei

der freien Entfaltung der Marktgesetze auszuräumen.

Dafür stellt sie aber durch das fast wundersame Wirken von Angebot und Nachfrage sicher, dass stets da ist – oder *just in time* geschaffen wird, was die Gesellschaft braucht.

Soweit jedenfalls die liberale Ideologie.

Blöderweise geht es in der echten Welt nach den Gesetzmäßigkeiten der Profitwirtschaft zu und nicht nach Fantasiegesetzen bürgerlicher Wirtschaftsapologetik:

Für viele Substanzen gibt es immer weniger Hersteller. Wenn nun einer davon findet, er verdiene an einem Medikament nicht genug, vielleicht weil er bei anderem Einsatz seiner Mittel mehr Gewinn erwirtschaften kann, wird er den Markt verlassen. Und wenn er einer der wenigen großen Produzenten für ein Mittel war – oder gar der einzi-

ge – , dann kann die Lücke eben so bald nicht geschlossen werden.

Wer seine schmutzigen Gedanken nicht unter Kontrolle hat könnte in dieser Konstellation nebenbei eine beträchtliche Marktmacht der Pharmariesen erahnen, mittels derer sie höhere Profite erpressen.

So altbekannt diese Mechanismen sind, kommt man doch – zumal in einem Land mit traditionell weltführender Chemieindustrie – an dem Gedanken nicht vorbei, dass die bis vor wenigen Jahren unbekanntesten Mängel Zeichen des Niedergangs sind. Und dass sie kaum solche Ausmaße annehmen könnten, flösse nur ein Teil der Mittel für die Rüstung und die Waffenlieferungen, die unsere Herren zur Eskalation der Konflikte mit ihren geopolitischen Rivalen einsetzen, in ihre Abmilderung.

Michael Hühn

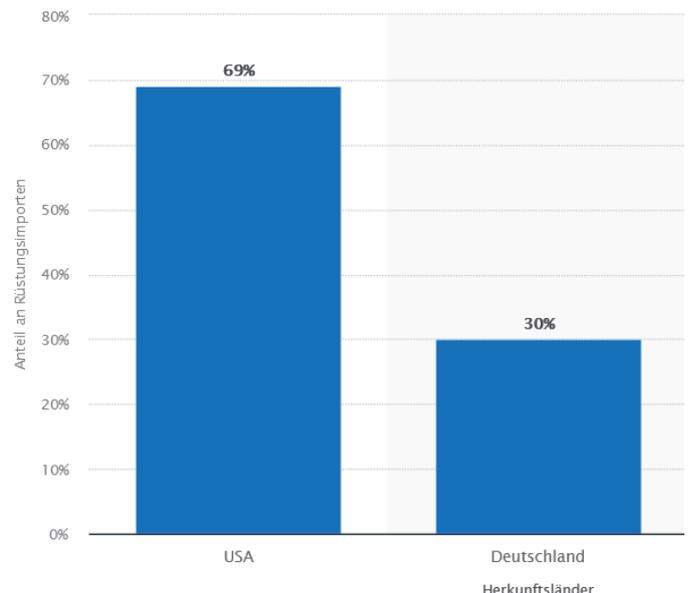
Krieg im Nahen Osten: Es geht um Profite und Geostrategie

Die Diskussion um die Beurteilung des Krieges im Nahen Osten verheddert sich gerne in moralischen Kategorien, um vom wesentlichen abzulenken: Geostrategie und Ökonomie.

Warum kann Israel diesen Krieg in dieser Form überhaupt führen?

Das Land ist ökonomisch stark und stellt selbst Hochtechnologie her. Es hat zwei zentrale Verbündete: die USA und die BRD. Beide Länder sind die größten Waffenlieferanten des Landes: 99% der Rüstungslieferungen kamen aus den beiden Ländern (USA 69%, BRD 30%). Es existieren strategische Allianzen zwischen den Rüstungsindustrien der drei Länder. Der andauernde Kriegszustand in der Region bietet optimale Möglichkeiten Waffen zu testen. Die israelische Rüstungsindustrie ist ein zentraler Wirtschaftssektor und ist auf das Engste mit der Politik verschmolzen. Für Israel gilt dasselbe wie für die USA: Die Demokratie ist ausgehöhlt und die Politik folgt den Interessen

des „militärisch industriellen Komplexes“. Wobei im Falle Israels der Zionismus als Legitimationsideologie für den Militarismus dient. In seiner Abschiedsrede 1961 hatte der scheidende US-Präsident Eisenhower vor dem steigenden Einfluss des „militärisch industriellen Komplexes“ und den darin bestehenden Gefahren für die bürgerliche Demokratie gewarnt. Israel hat einen Anteil am weltweiten Waffenhandel von 10%. Hochentwickelte Aufklärungs- und



Israel: Wichtigste Herkunftsländer von Importen konventioneller Waffen nach Israel im Zeitraum von 2019 bis 2023 (kumulierte Werte); Quelle: de.statista.com

Kamikazedrohnen sind Export-schlager. Für diese wird mit dem erfolgreichen Einsatz im Gazastreifen

Fortsetzung auf S. 7

Fortsetzung von Seite 6: Krieg im Nahen Osten: Es geht um Profite und Geostrategie

geworben. Die Bundeswehr zeigt großes Interesse.

Israel agiert als US-Gehilfe, um Waffen in Länder zu liefern, die von Washington aus politischen Gründen nicht direkt beliefert werden können. Der Krieg im Nahen Osten folgt einem Muster: Staaten werden gefügig gemacht oder zerschlagen (Libyen, Irak, Syrien). Nach dem Motto: „Gescheiterte Staaten“ können uns zumindest

nicht mehr gefährlich werden. Israel betreibt auch eine eigenständige Politik und hat die Attacke vom 7. Oktober als Vorwand für umfassende Kriege genutzt. Gleichzeitig ist das Land eingebunden in die geostrategischen Ziele des Westens: Ausdehnung Israels und Ausschaltung des Irans. Völkermord wird dabei als Kollateralschaden in Kauf genommen.

Henning Mächerle



Gaza und Westbank – Grauen ohne Ende

Über den Krieg in und um die Ukraine gibt es regelmäßig Nachrichten und Berichte zum Leid der Zivilbevölkerung. Vom Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza und der Westbank wird nur noch berichtet, wenn es besonders spektakuläre Militäraktionen gab. Seit die Zahl der bestätigten Toten in Gaza 40.000 überschritt, werden keine Zahlen mehr genannt. Israel lässt westliche Pressevertreter nicht in die Kriegsgebiete. Scharfschützen ermordeten fast alle palästinensischen Journalisten. Grund für die Zurückhaltung der Medien ist wohl auch die Befürchtung, dass wahrheitsgemäße Berichte über israelische Gräueltaten als Antisemitismus verleumdet werden. Nur in wenigen Zeitungen wie der jungen Welt (jW) erfährt man mehr. Hier einige Beispiele:

In den israelischen Lagern für palästinensische Gefangene wird systematisch gefoltert. Die Miss-

handlungen reichen von willkürlicher Gewalt, sexuellen Übergriffen, Demütigungen, Aushungern und Schlafentzug bis zur Verweigerung medizinischer Behandlung. (Auszug aus einem Brief aus Jerusalem in der jW vom 24.08.)

In der Westbank besetzt die israelische Armee Flüchtlingslager und Dörfer. Sie zerstört Gebäude, Straßen, Olivenhaine und andere landwirtschaftliche Flächen. Die Bewohner der illegalen jüdischen Siedlungen können unter dem Schutz der Armee die Bevölkerung terrorisieren, verjagen und beschießen. (jW vom 30.08.)

Am 11.10.2023 erklärte Daniel Hagara, Sprecher der israelischen Armee: „Wir werfen hunderte Tonnen Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit.“ Die Folgen: In Gaza wurden nicht nur die Infrastruktur und die Wohngebäude, die Gesundheits- und Bildungseinrichtungen,

sondern auch das kulturelle Erbe zerstört. Das Gaza-City-Archiv mit Jahrhunderte alten Dokumenten wurde abgebrannt. Ein über 1.000 Jahre altes Bad wurde dem Erdboden gleichgemacht. Fast alle Moscheen und christlichen Kirchen liegen in Trümmern. Museen und Bibliotheken wurden geplündert und gesprengt. (jW vom 30.08.)

Die Bevölkerung des Gaza-Gebietes wird von einem ins andere Trümmerfeld gehetzt und sogar in Zeltlagern bombardiert. Keine Schwangere kann in Ruhe ihr Kind zur Welt bringen, kein kranker Säugling hat eine Chance zu überleben.

Die israelische Regierung behauptet, ihre Armee sei die moralischste der Welt. Die USA, Großbritannien, Deutschland und andere Staaten des „Wertewestens“ liefern weiterhin Waffen und Munition zur Fortsetzung von Mord und Zerstörung.

Gernot Linhart

Geld für Gesundheit, Bildung & Soziales!
Arbeitsplätze sichern – Kriegstreiber stoppen!

Sagen, was ist!

Tel.: 0201 177889-15
 abo@unsere-zeit.de | unsere-zeit.de

6 Wochen kostenlos testen: www.unsere-zeit.de/abo/

**Kriegs-
hetze
to go?**

Nicht mit uns!

2 Wochen testen.

Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

2 Wochen kostenlos testen:
www.jungewelt.de/abo/probeabo.php



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Sa. 2.11. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI,
Kugelbrunnen

Mo. 4.11. um 18 Uhr:
Arbeiterwiderstand im Dritten
Reich, Ulrich Schneider (VVN-
BdA), Kerkrade-Zimmer



Sa. 9.11. um 18 Uhr:
Mahngang zur Reichspogromnacht, vor dem Rathaus

Di. 12.11. um 19 Uhr:
Lesekreis bei Henning

Mi. 13.11. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen,
mit Jan (DKP Frankfurt) zur
Vorbereitung auf den DKP-
Parteitag 2025, Winchester-
Zimmer

Do. 21.11. um 18 Uhr:
Bildungsabend DKP, Ederstr. 16

Mi. 27.11.:
Redaktionsschluss Dez.-Echo

Fr. 29.11. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI,
Chamäleon, Reichensand 9

Fr. 13.12. ab 19 Uhr:
Jahresabschlussfeier der DKP
GI, Chamäleon, Reichensand 9

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** veröffentlichten wir einen Aufruf des DKP-Parteivorstands zur Aktion „Preisstopp und Arbeitsplatzsicherung“. Die DKP forderte eine demokratische Preiskontrolle und die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Hebung der Massenkaukraft.

Vor **40 Jahren** demonstrierten in Bonn 400.000 Menschen gegen Raketen und Rüstungswahnsinn. Teilnehmer aus Gießen, die in mehreren Bussen angereist waren, reichten sich auf einer Rheinbrücke in die Menschenkette ein.

Vor **30 Jahren** warteten die Bewohner von „Dorf Wagenstein“ vergeblich auf ein Pachtangebot des Magistrats. Mehrere bis dahin obdachlose Menschen hatten am Leihgesterner Weg einen Platz besetzt. Die Universität als Eigentümerin des Grundstückes wollte den Platz polizeilich räumen lassen. Der SPD/Grünen-Magistrat versprach ein Ersatzgrundstück, welches nie zugeteilt wurde. Auf dem

ursprünglichen Gelände stehen heute noch einzelne Bau- und Wohnwagen.

Vor **20 Jahren** betrauerte der CDU-Magistrat den Verlust des Prädikats „Garnisonsstadt“. Die Bundesregierung hatte die Auflösung des Bundeswehrstandortes Gießen beschlossen. Die Verkleinerung der Bundeswehr war keine Abrüstung, sondern die Verlagerung des Schwerpunktes. Statt um Landesverteidigung sollte es um Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Handelswegen gehen.

Vor **10 Jahren** verfestigte sich die Wohnungsnot in Gießen. Baudezernenten dafür von 2002 bis 2019 waren die CDU-Politiker Thomas Rausch und Peter Neidel. Die Bautätigkeit hatte sich vom Wohnungsbau für alle zum Bau von Luxuswohnungen durch Investoren verlagert. „Schluss damit, Wohnungsbau muss wieder öffentliche Aufgabe werden“, forderten wir.

DKP unterstützt "Berliner Appell"



2026 sollen neue US-Raketen in Deutschland stationiert werden, die „Qualitäts“-Medien interessiert das wenig bis gar nicht – oder es darf sie nicht interessieren.

Die DKP ist sicher: **Diese neuen US-Raketen müssen verhindert werden.** Sie gefährden unser aller Leben. Deshalb unterstützt die DKP den „Berliner Appell“ der Friedensbewegung gegen neue Mittelstreckenwaffen. Einige Infos zu den US-Raketen, die in unserem Land stationiert werden sollen und um den Appell zu unterschreiben:

nie-wieder-krieg.org

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340
35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de



DKP Gießen bei YouTube, Facebook und Instagram

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****